

Presseerklärung

Im Ergebnis einer öffentlichen Debatte zum geplanten Weissbuch der Bundeswehr, zu der DIE LINKE in Strausberg sowie Kerstin Kaiser (MdL) eingeladen hatten, erklären wir im Namen der TeilnehmerInnen:

Wir sehen uns in besonderer Verantwortung als EinwohnerInnen und politisch handelnde Personen in Strausberg. Unsere Stadt ist Militärstandort mit langer, widerspruchreicher Geschichte. Immerwieder wird das besondere Verhältnis zum „Bundeswehrstandort mit Zukunft“ betont. Deshalb geht uns die politische Ausrichtung der Bundeswehr durchaus etwas an. Irritiert und kritisch müssen wir die Tatsache akzeptieren, dass unsere Einladung zur zweiten Diskussionsrunde von Vertretern der Bundeswehr in Berlin sehr schnell und von Verantwortlichen des Bundeswehrstandortes wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn abgelehnt wurde. Die Vertreter der kommunalpolitisch aktiven Parteien und Fraktionen in der SVV reagierten mit völligem Schweigen.

Deshalb an dieser Stelle unser Versuch, unsere Positionen öffentlich zu machen.

Überlegungen zum Weißbuch 2016 der Bundesrepublik Deutschland - Zusammenfassung der Diskussion am 30. September 2015 in Strausberg

Ein Strausberger Standpunkt.

1. Worum geht es?

Nachdem das letzte Weißbuch 2006 vorgelegt wurde, ist nunmehr ein neues für 2016 angekündigt, an dessen Erarbeitung eine breite Öffentlichkeit beteiligt werden soll.

Das Weißbuch soll die grundsätzlichen Leitlinien der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik als Teil der Außenpolitik formulieren. Demzufolge müsste es eigentlich unter Federführung des Auswärtigen Amtes erarbeitet werden.

Die Erarbeitung des neuen Weißbuchs wurde aber erneut dem BMVg übertragen. Das AA und weitere Ministerien sind nur beteiligt.

Die zentrale Frage des neuen Weißbuchs nach den bisher vorliegenden Thesen auf der Internetseite des BMVg lautet:

Wie soll Deutschland – ausgehend von dem Papier „Neue Macht, neue Verantwortung“ von SWP und GMF sowie des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD vom Oktober 2013 – mehr Verantwortung wahrnehmen? Allein diese Frage erfordert die federführende Teilnahme des Außenministeriums.

Dass die Erarbeitung des Weißbuchs dem BMVg übertragen wurde, ist ein

deutlicher Hinweis darauf, dass die Absicht besteht, den militärischen Faktor stärker als Mittel der Außenpolitik einzusetzen.

2. Was sollten wir aus der Geschichte gelernt haben?

Insbesondere geht es um die Erfahrung: Kriege sind keine Lösung zur Bewältigung politischer Krisen!

Diese Erfahrung wird auch durch die Millionen Menschen bestätigt, die weltweit gegenwärtig auf der Flucht sind, nicht nur in die Europäische Union.. Fluchtursachen liegen eindeutig in den Kriegen, die Länder wie Libyen, Syrien, Afghanistan, Irak und auch die Balkanländer destabilisiert haben und an denen die Länder der westlichen Gemeinschaft maßgeblich beteiligt waren. Die Kriegsfolgen und ihrer Kosten schlagen auf die Urheber zurück.

Kriege lösen kein Problem. Auch lokal geführte Kriege können sehr schnell die Existenz der Menschheit gefährden. Diese Grunderkenntnis der 70er und 80er Jahre des XX. Jahrhunderts galt für einen Atomkrieg und gilt heute für jeglichen Krieg, ob mit oder ohne Kernwaffen. Allein die Anfälligkeit der modernen Infrastruktur gegen destruktive Einwirkungen ist extrem hoch.

3. Wohin geht derzeit die Entwicklung?

Obwohl kein vernünftiger Politiker in Europa einen Krieg will, haben die Gefahren für den Frieden zugenommen. Derzeit wird wieder die Politik der wechselseitigen Abschreckung praktiziert, ähnlich dem „Gleichgewicht des Schreckens“, wie es im Kalten Krieg bestand. Zudem führt die Technisierung, die Automatisierung von Kampfhandlungen dazu, die Gefahren einer ungezügelter Eskalation zu erhöhen und die Zeit für rationale politische Entscheidungen der Verantwortlichen radikal zu verkürzen.

4. Was ist unser gedanklicher Ausgangspunkt für ein neues Weißbuch der Bundeswehr?

Für die TeilnehmerInnen der Diskussion in Strausberg ist die erste Aufgabe und das Schlüsselproblem die Kriegsverhinderung, nicht die Kriegführung!

Die Verhinderung des Krieges und jeglicher Kampfhandlungen muss im Zentrum der deutschen Sicherheitspolitik stehen. Dieses Ziel sollte auch explizit den Tenor des neuen Weißbuchs bestimmen.

Der wichtigste Ansatz zur Bewältigung der neuen Gefahren und Herausforderungen muss daher eine vorausschauende Außenpolitik sein, die Krisen verhindert und Destabilisierung anderer Staaten weder befördert noch zulässt.

Das neue Weißbuch sollte daher als grundlegende Aufgabe für die Sicherheit auf einen ähnlichen Prozess, wie den Helsinki-Prozesses orientieren. Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik sollte die in der Charta von Paris angestrebte gesamteuropäische Friedensordnung zu schaffen. Das sollte auch im Weißbuch der Bundesrepublik fest verankert werden.

Als Urheber zweier Weltkriege trägt Deutschland eine besondere Verantwortung, die sich auf die Sicherung des Friedens, besonders durch vertrauensbildende Schritte ergibt. Hier sehen wir die gewachsene Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber anderen europäischen Staaten, die gleichzeitig auch von weltweiter Bedeutung ist.

Diesem Ziel sollten auch die Aufgaben für die Bundeswehr dienen, als deren erster Grundsatz gelten muss, dass die eigene Sicherheit nur bei Gewährleistung der Sicherheit der Gegenseite erreichbar ist durch:

Die Nichtangriffsfähigkeit der Streitkräfte,

Verzicht auf Auslandskampfeinsätze,

Verzicht auf die Darstellung von Bedrohungsszenarien im Weißbuch,

Verzicht auf Überlegenheitsziele, auf die z.B. durch die Beschaffung von Drohnen u.a. Waffen orientiert wird.

5. Wo sollte der Ansatzpunkt für eine solche Politik der Kriegsverhinderung liegen?

Hier geht es besonders um die Nutzung von Erfahrungen aus dem KSZE-Prozess der 70er und 80er Jahre, aus den Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozess und der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen. Vor allem aber geht es um die in der Charta von Paris (1990) enthaltene Vision einer europäischen Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok. Der Ansatz dazu muss also in der Außenpolitik liegen. Im Vordergrund muss eine vorausschauende Außenpolitik stehen, die langfristig auf eine multilaterale Weltordnung, auf konstruktive Koexistenz der Staaten und Regionen, auf Stabilität und Krisenverhinderung gerichtet ist und eben nicht auf die Missionierung anderer Länder nach dem Modell des transatlantischen Kapitalismus. Internationale Stabilität und Achtung der Interessen und Werte anderer Staaten müssen eigenständige Kriterien deutscher Außenpolitik werden.

Dieser Geist sollte den Inhalt des Weißbuchs 2016 bestimmen.

Kerstin Kaiser (MdL)

Christian Steinkopf (Die Linke Strausberg)

V.i.S.P. Wahlkreisbüro Kerstin Kaiser

--

Wahlkreisbüro Kerstin Kaiser (MdL)

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon: 03341/497711

Telefax: 03341/303985

www.kerstin-kaiser.eu

